

17. Dezember 2025

Berufspolitischer Jahresausklang 2025 – VAKJP

2025 endet als Jahr intensiver berufspolitischer Auseinandersetzungen. Das Ampel-Aus Anfang des Jahres hat deutlich gemacht, wie fragil politische Prioritäten sind – und wie wenig selbstverständlich politische Absprachen bleiben. Nina Warken, die neue Gesundheitsministerin musste/muss sich erst einarbeiten und so sind wichtige Fragen unbearbeitet geblieben. Wir möchten Euch/Ihnen die wichtigsten berufspolitischen Themen 2025 in dieser Schnellinfo nochmals zusammenfassen.

Zentrale Themen 2025

1. Einführung der Komplexrichtlinie KJ

Ziel der Komplexrichtlinie ist es, betroffene Kinder und Jugendliche mit schweren psychischen Erkrankungen durch ein multiprofessionelles Team engmaschig zu betreuen und ihnen ein selbstständiges, stabiles Leben zu ermöglichen. Die neuen Leistungen umfassen unter anderem die Eingangssprechstunde, die differentialdiagnostische Abklärung und Fallbesprechungen. Zudem gibt es spezifische Leistungen für den Bezugsarzt oder -therapeuten, etwa die Erstellung und Aktualisierung des Gesamtbehandlungsplans.

Trotz der Vergütungsregelungen für die Beteiligung an der Komplexrichtlinie (s. Schnellinfo vom 11.04.2025) läuft die Umsetzung sehr schleppend an. Es besteht die Gefahr, dass ein überbürokratisches Verfahren eingeführt wurde, an dem sich nur wenige Kolleginnen und Kollegen beteiligen. Vielleicht finden sich Kolleginnen oder Kollegen, die im Bereich der Komplexrichtlinie tätig sind, in Form eines Leserbriefes oder kurzen Berichts für das Mitglieder-Rundschreiben.

2. Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA)

Mit der verpflichtenden Einführung der ePA wurde 2025 ein zentrales Digitalprojekt umgesetzt, das für uns sensible Fragen aufwirft. In verschiedenen Kontexten haben wir darüber diskutiert und informiert. Im Rahmen unserer letzten Jahrestagung haben wir die für uns wichtigen Fragen mit Frau Dimde von der gematik diskutieren können. Mittlerweile ist die ePA in den Praxen angekommen und es zeigen sich im Alltag weiterhin viele Schwierigkeiten und Fragen. Auch hier regen wir an, dass wir uns weiterhin austauschen über die Erfahrungen und Schwierigkeiten im therapeutischen Alltag. Auch dank unseres berufspolitischen Engagements hat die KBV eine Richtlinie erlassen, die der komplexen Situation in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen einigermaßen gerecht wird. Die KBV-Richtlinie schafft Klarheit, indem sie die Befüllungspflicht

bei Minderjährigen unter 15 Jahren einschränkt, wenn dies dem Kindeswohl oder der Therapie entgegensteht.

3. Weiterbildung und die ungelöste Frage der Finanzierung

Trotz der eindeutigen Problemlage und politischer Bekenntnisse wurde die Finanzierung der Weiterbildung auch 2025 nicht gelöst. Der politische Stillstand in dieser Frage ist fahrlässig und gefährdet langfristig unseren Beruf und die Versorgung von Kindern und Jugendlichen. Wir werden nicht müde, darauf hinzuweisen!

Das BEEP (Gesetz zur Befugniserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege), das auch als Omnibus eine Regelung zur Finanzierung der Weiterbildung enthält, wurde seitens der Länder wegen der Krankenhausfinanzierung beanstandet und an den Vermittlungsausschuss überwiesen. Damit wurde leider auch die überfällige gesetzliche Grundlage zur Verhandlung von Weiterbildungsambulanzen mit den Krankenkassen verschoben.

Diese Verzögerung gefährdet die Umsetzung und Planbarkeit der Weiterbildung für die Institute, aber auch für die Studienabsolvent:innen.

Ohne verlässliche Finanzierung wird es in wenigen Jahren nicht genug qualifizierten Nachwuchs geben.

Die Politik trägt Verantwortung dafür und wir werden uns auch in 2026 laut dafür einsetzen, dass endlich gesetzliche Regelungen beschlossen werden.

4. Eigene Bedarfsplanung für KJP

Auch wenn das Thema, der eigenen Bedarfsplanung KJP im Koalitionsvertrag auftaucht, bleibt weiterhin angesichts der knappen Kassen die Frage, ob und wenn ja, wie und in welchem Umfang es eine eigene Bedarfsplanung geben wird. Derzeit ist der finanzielle Druck der Krankenkassen enorm, es wird viel von „Versorgungssteuerung“ gesprochen und es besteht die Gefahr, dass das Thema KJP-Bedarfsplanung nicht oder nicht in unserem Sinne aufgegriffen wird.

Die VAKJP fordert seit langem eine eigenständige und angemessene KJP-Bedarfsplanung. Ohne diese bleiben regionale Engpässe bestehen und Versorgung bleibt vom Zufall abhängig statt vom Bedarf.

5. Kinderschutz und digitale Lebenswelten

Auf unserer Jahrestagung haben wir eine Resolution zum Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen verabschiedet. Mittlerweile ist dieses Thema in der Politik angekommen. Die Bundesregierung hat eine interdisziplinäre Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ eingerichtet, die im Herbst 2025 ihre Arbeit aufgenommen hat. Ihr Ziel ist es,

eine umfassende Strategie zu entwickeln und konkrete Handlungsempfehlungen für Bund, Länder und die Zivilgesellschaft zu erarbeiten, damit Kinder und Jugendliche in digitalen Lebenswelten besser geschützt werden können. Die Kommission untersucht unter anderem, welche Voraussetzungen für ein sicheres Online-Umfeld nötig sind, wie gesundheitliche Folgen intensiven Medienkonsums zu bewerten sind und wie Medienkompetenz bei Kindern, Jugendlichen, Eltern und Fachkräften gestärkt werden kann. Sie bündelt wissenschaftliche Expertise und praktische Erfahrungen, bezieht verschiedene Akteure ein und will bis zum Sommer 2026 konkrete Vorschläge vorlegen. Leider ist in dieser Kommission bisher kein psychotherapeutischer Kollege/Kollegin. Wir werden uns dafür einsetzen, dass unsere Expertise auch Gehör findet und bei der Entwicklung von möglichen Schutzmaßnahmen berücksichtigt wird.

6. Versorgungssteuerung

Die von Gesundheitsministerin Nina Warken eingesetzte Finanzkommission soll die zunehmend kritische finanzielle Lage der gesetzlichen Krankenkassen untersuchen und Lösungen erarbeiten. Sie analysiert die Ursachen der Defizite, identifiziert Kostentreiber und bewertet strukturelle Probleme im Gesundheitssystem. Bis März 2026 soll die Kommission erste kurzfristige Maßnahmen zur Stabilisierung der Beiträge vorschlagen, anschließend folgen Empfehlungen für langfristige Reformen, um das System nachhaltig finanziell zu sichern. Dabei wird auch geprüft, ob eine stärkere Ausrichtung an einem Primärarztmodell Einsparungen bringen kann. An dieser Stelle werden wir uns dafür einsetzen, dass der Direktzugang zu unseren Praxen erhalten bleibt. Wir werden die Vorschläge der Kommission aufmerksam lesen und darüber berichten.

7. Novellierung der IT-Sicherheits-Richtlinie

Ab 1. Okt 2025 (für kleine Praxen neu relevant v.a. eine physische Firewall)

8. Überarbeitung der Psychotherapie-Richtlinie

U.a. die Möglichkeit, bei Abhängigkeitserkrankungen 24 psychotherapeutische Stunden zu behandeln, wenn Abstinenz noch nicht erreicht, aber wahrscheinlich ist. Erweiterte Möglichkeiten der Videosprechstunden/ Pflicht auf Neuantrag bei Kassenwechsel.

9. Anpassung der Honorare um 2,8 % ab dem 1.1.2026

Mit dem Plus von 2,8 Prozent beträgt der Orientierungswert ab 1. Januar 12,7404 Cent (aktuell: 12,3934 Cent). Die Erhöhung wirkt sich auf die Preise der EBM-Leistungen aus, die entsprechend steigen. Auch wenn wir uns sicherlich eine deutlichere Erhöhung gewünscht hätten, ist es angesichts der leeren Kassen überhaupt schon ein Erfolg, dass es keine Nullrunde gab.

Wir werden uns auch 2026 engagiert für die VAKJP und die analytische und tiefenpsychologische Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie berufspolitisch einbringen!

Wichtige Termine 2026

- **KWA** am 21.02.2026 in Frankfurt mit dem Thema: „Spiel und Psychoanalyse. Kulturtheoretische Betrachtungen und psychodynamische Behandlungspraxis“
- **VAKJP-Jahrestagung** vom 30.04.2026 – 03.05.2026 in Potsdam mit dem Thema: „Grenzen“

Wir wünschen allen erholsame Feiertage und alles Gute für 2026

Bettina Meisel und Tanja Müller